

**Statement von Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Diakonie Katastrophenhilfe,  
bei der Jahrespressekonferenz des evangelischen Hilfswerks  
am 3. Juli 2009 in Stuttgart**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass Sie unserer Einladung zur Bilanzpressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe gefolgt sind. Wir wollen heute zum einen die Zahlen für 2008 vorlegen und Bilanz ziehen. Zum anderen kommt es uns darauf an, die Brücke zu schlagen zu dem, was wir gegenwärtig tun und was die Schwerpunkte unserer Arbeit sind. Dazu zählt die Hilfe für Menschen, die aufgrund gewaltsamer Konflikte vertrieben worden sind. Deshalb sitzt heute mit Yegana Guliyeva, der Leiterin unseres Büros in Pakistan, eine Augenzeugin neben mir, die Ihnen von der Situation der Flüchtlinge in der umkämpften Nordwestprovinz und unseren Hilfsmaßnahmen berichten kann. Ein weiterer Schwerpunkt ist seit langem die Katastrophenvorsorge in Zeiten des Klimawandels. Wie sich dies in konkreter Projektarbeit niederschlägt, darüber berichtet unser Klimaexperte Peter Rottach.

Unser Spendenaufkommen im Jahr 2008 hat sich erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahr von acht auf 9,2 Millionen erhöht, um etwa 15 Prozent. Ebenso haben wir mehr öffentliche Mittel - von Seiten der Bundesregierung bzw. der EU - erhalten: 9,3 Millionen gegenüber 8,5 Millionen Euro im Vorjahr. Das kommt einer Steigerung um acht Prozent gleich. Insgesamt haben wir mit rund 26 Millionen Euro 152 Projekte weltweit unterstützt.

Stark geprägt hat unsere Arbeit 2008 natürlich die verheerende Naturkatastrophe in Birma, wo der Zyklon Nargis mehr als 133.000 Todesopfer gefordert hat. Die Hilfe war extrem schwierig, vor allem da der Zugang zum am schwersten betroffenen Irrawaddy Delta nur in sehr beschränktem Maße für westliche Helfer möglich war.

Schwer zu schaffen hat uns gemacht, dass in der Öffentlichkeit in Deutschland zunächst verbreitet wurde, dass das Katastrophengebiet vom birmesischen Militär abgeriegelt worden sei und deshalb dort auch keine Hilfe möglich sei. Das hat auch die Spendenbereitschaft anfänglich, das heißt zum Zeitpunkt, wo die Bilder präsent waren und Menschen in der Regel spenden, gebremst. Aber wir konnten diesem Pauschalurteil über internationale Hilfe entgegensteuern und in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass wir als Organisation, die nicht selbst in die Katastrophengebiete einfliegt, sondern lokale Partner hat und unterstützt, vor Ort helfen können, auch wenn ausländische Helfer keinen Zutritt bekommen oder des Landes verwiesen werden. Über unsere langjährige Partnerorganisation FREDA und unsere kirchlichen Partner vor Ort im Rahmen des globalen kirchlichen Hilfsnetzwerks ACT hatten wir sofort nach der Katastrophe Zugang zum Irrawaddy-Delta und konnten so mit unseren Spendengeldern unmittelbar Hilfe leisten.

Im Moment laufen dort unsere Wiederaufbaumaßnahmen. Mit den Partnern errichten wir 300 sturmsichere Häuser und drei Schutzbauten für besonders gefährdete Gebiete. Außerdem laufen unsere Katastrophenvorsorgeprogramme weiter. Damit hatten wir schon lange vor dem Wirbelsturm begonnen: Unseren Partnern ist schon lange deutlich, wie gefährdet das Delta wegen der immensen Abholzungen in den vergangenen Jahrzehnten ist. Deshalb haben wir schon vor einigen Jahren in unseren Projekten die Wiederaufforstung von Mangroven

vorangetrieben. Auch das ist ein Vorteil unserer Arbeitsweise über lokale Partner und ein internationales Netzwerk: Frühwarnung oder besser Früherkennung! Die Partner wissen aus Erfahrung, wir wissen, welche Regionen chronisch bedroht sind und können präventiv Maßnahmen einleiten, agieren, statt nur zu reagieren. Handeln vor der Zeit und so Schaden verhindern!

Zu solcher vorbeugenden Schadensbegrenzung gehört auch: Lobbyarbeit zur Ursachenbekämpfung. Naturkatastrophen fallen ja in aller Regel nicht plötzlich „vom Himmel“. Unser dringender Appell geht darum an die Politiker auf nationaler und internationaler Ebene, den ungezügelten Verbrauch der natürlichen Ressourcen (zum Beispiel die Rodung von Mangrovenwäldern) zu stoppen und Katastrophenprävention zum Querschnittsthema verschiedener politischer Handlungsfelder zu machen und in die Katastrophenschutzinfrastruktur zu investieren. Birma ist nur ein besonders schreckliches Beispiel dafür, wie stark die Menschen unter Defiziten in diesem Bereich leiden müssen. Im Nachbarland Bangladesch haben entsprechende Bemühungen und ein Umdenken der Regierung dazu geführt, dass inzwischen die Zahl der Todesopfer bei Wirbelstürmen drastisch gesenkt werden konnte.

Auch auf Seiten der Industrieländer besteht aus der Perspektive der weltweiten Katastrophenprävention dringender Handlungsbedarf: Der Klimawandel vergrößert permanent die Zahl und Schwere der Naturkatastrophen. Zugleich erhöht er die Zahl der Flüchtlinge weltweit, weil immer mehr Menschen ihre angestammten Wohngebiete verlassen müssen, weil diese sich in chronische Dürregebiete verwandeln oder künftig vollständig geflutet werden, weil der Meeresspiegel infolge des Klimawandels steigt. Experten befürchten schon jetzt rund 200 Millionen Klimaflüchtlinge in den kommenden Jahrzehnten. Peter Rottach wird Ihnen später davon berichten, was wir unternehmen, um die schon jetzt vom Klimawandel Betroffenen zu unterstützen.

Der Löwenanteil unserer Arbeit im letzten Jahr fand abseits der öffentlichen Wahrnehmung statt: in so genannten stillen Katastrophen in Regionen, die von chronischen gewaltsamen Konflikten erschüttert werden. Bei der Hilfe in Krisengebieten - wie der Demokratischen Republik Kongo, der sudanesischen Krisenprovinz Darfur, Somalia, Gaza, Kolumbien, Sri Lanka oder Pakistan - haben wir jahrzehntelange Erfahrung. Unsere Fachkompetenz in diesem Feld ist inzwischen allgemein anerkannt, nicht nur bei der Bundesregierung oder der EU, sondern auch bei anderen Hilfsorganisationen und den Medien. Das merken wir an der steigenden Zahl von Anfragen. Doch wie wenig Spendenmittel uns für solche Krisengebiete mit Millionen Flüchtlingen zur Verfügung stehen, mag ein Vergleich beleuchten: Während bei der Tsunamihilfe für jeden Betroffenen von uns mehrere hundert Euro an Spendenmitteln ausgegeben werden konnten, liegt die Zahl für Menschen in Afrika 50mal niedriger.

Diese Konflikte finden in den Medien kaum Resonanz und werden dadurch auch wenig von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Entsprechend gering werden sie bespendet. Das entspricht in keiner Weise der Größe des Problems: Nach UN-Angaben waren 2008 insgesamt 42 Millionen Menschen auf der Flucht - die meisten innerhalb des eigenen Landes oder der Region. Täglich kommen neue hinzu, aber das Schicksal der Vertriebenen wird nach dem Moment der Vertreibung in der Regel schnell von der weltweiten Gemeinschaft wieder vergessen.

Wer weiß schon, dass in Kolumbien drei Millionen Menschen, die weltweit zweitgrößte Gruppe von Vertriebenen vertrieben sind und dass dort infolge anhaltender Gewaltkonflikte zwischen

Paramilitärs, Militärs und Guerilla täglich weitere Dorfgemeinschaften vertrieben werden? Bei uns kam nur Md. Betancourt und die Schicksale der von der FARC entführten Einzelpersonen in den Medien vor. Damit sind die Medien in unserem Land – sicher unabsichtlich – in die (Des-) Informationsstrategie der Krieg führenden Regierung Kolumbiens, die das Schicksal der armen Landbevölkerung in den Kriegsgebieten, die ständig neu vertrieben werden, leugnet, mit einbezogen.

Wer denkt an das Schicksal der Millionen von Vertriebenen im Osten des Kongo? Und wer denkt noch an die Lage der Millionen Vertriebenen durch die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Militanten in der pakistanischen Nordwestprovinz. Über die aktuelle Lage dort wird uns Yegana informieren. Gerade in solchen Kontexten gewaltsamer interner Konflikte wird das humanitäre Völkerrecht besonders häufig – und meist von allen Konfliktparteien – mit Füßen getreten: Die Bevölkerung wird von den Konfliktparteien zunehmend weniger verschont, immer öfter sogar bewusst als ‚Geißel‘ missbraucht. Ausreichende Versorgung und ausreichender Schutz für die Vertriebenen wird häufig von den Konfliktparteien nicht gewährleistet. In manchen Fällen wird den Hilfsorganisationen die Lieferung von Hilfsgütern und /oder der Zugang zu den Betroffenen erschwert oder verwehrt, wie jüngst in Darfur oder in Sri Lanka.

Und manches mal wird versucht, die Arbeit der Hilfsorganisationen massiv zu kontrollieren, zu reglementieren oder gar zu missbrauchen und sie zur Konfliktpartei zu machen. Für solche Situationen gibt es keine Blaupausen und keine optimal befriedigenden Lösungen, wie der betroffenen Bevölkerung beigestanden werden kann. Stattdessen gibt es eine Fülle ethischer Dilemmata. Man kann als Hilfsorganisation in solchen Situationen in Versuchung geraten, sich ganz rauszuhalten oder rauszuziehen, um sich nicht die Hände schmutzig zu machen. Man kann in Versuchung geraten, die Komplexität der Lage einseitig aufzulösen und die Akteure in ‚gute und böse‘ aufzuteilen, sie öffentlich zu skandalisieren und auf diese Weise den Eindruck zu erzeugen, man könne auf der ‚richtigen‘ Seite stehen.

Gerecht wird man solchen Situationen damit in aller Regel nicht und der Bevölkerung schon gar nicht und die Gefahr, ungewollt zur Partei zu werden, ist je höher, je mehr man von außen ‚reinschneit‘ und sich einfachen Lösungen verschreibt. Als humanitäre Hilfsorganisation, die über langjährige Erfahrungen verfügt und über ihr internationales Partnernetzwerk Kenntnisse der komplexen Interessenskonflikte und Vertrautheit mit den Hintergründen und Akteuren in den meisten Regionen der Welt besitzt und dessen Partner in der Regel sehr gut in den lokalen Situationen verwurzelt und akzeptiert sind, können wir es wagen, uns auch in komplexen Krisensituationen zu engagieren.

Wir fühlen uns dem internationalen humanitären Code of Conduct und dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Daher scheuen wir uns nicht, uns auch in Situationen zu begeben, in denen die Unterscheidung zwischen gut und böse kaum möglich ist, wenn wir die Chance sehen, denen Hilfe zu leisten, die in großer Not und ansonsten von fast allen verlassen sind. Unser Glaube nötigt und ermöglicht uns, auch in solchen Situationen zu helfen, die eine Gratwanderung erfordern. Der Imperativ zur Hilfe für notleidende Bevölkerungsgruppen steht für uns ganz oben, wir wollen niemanden im Stich lassen.

Gerade als evangelisches Hilfswerk, das sich in einem hohen Maß zu ethischer Verantwortung verpflichtet fühlt, sehen wir uns auch unter schwierigsten Bedingungen zur Hilfe verpflichtet – wie etwa in den Flüchtlingslagern Sri Lankas. Wir unterstützen die Menschen in den von der Regierung eingerichteten Lagern, weil sie sonst nicht genug zum Überleben haben. Wir setzen

uns aber auf der anderen Seite dort und an anderen Orten dafür ein, die schnelle Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen. Dringend rufen wir zu verstärktem Schutz von und bedingungsloser Hilfe für Flüchtlinge auf.

Auch im Blick auf den Klimawandel haben wir es mit einem ethischen Dilemma zu tun: Einerseits leisten wir an vielen Orten, wo Menschen Opfer Klimawandel bedingter Naturkatastrophen sind, Hilfe, um die Lage der Betroffenen zu mildern und rufen dazu zu Spenden auf. Zugleich sind wir in den Industrieländern – jede/r einzelne von uns hier mit unserem Energiekonsumverhalten – die entscheidenden Verursacher der globalen Erwärmung mit all ihren katastrophalen Folgen. Wir helfen die Wunden verbinden, die wir selber schlagen. Um dieses Dilemma zu verkleinern, betreiben wir neben der Arbeit in Hilfsprojekten immer stärker auch Lobbyarbeit für Klimaschutzmaßnahmen. Sonst würden wir uns mehr oder weniger mit karitativem Gestus und kosmetischen Maßnahmen zufrieden geben und unsere Glaubwürdigkeit verlieren. Deshalb braucht die Nothilfe künftig nicht nur die globale Vernetzung, die wir mit ACT haben, sondern auch eine stärkere ethische Fundierung.